

Ereignis-Log 2/2008

Seit April 2008 gab es wieder eine Reihe von Ereignissen, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; die Aufzählung einiger besonders bedeutsamer Ereignisse soll aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

21. April 2008: In einem Call-Center in Essen soll mehreren Mitarbeitern gekündigt worden sein, die sich gegen eine geplante Überwachung am Arbeitsplatz gewehrt haben. Dabei sollten Gespräche mitgehört und der E-Mail, Brief- und Faxverkehr überwacht werden. Das Unternehmen gibt an, dass die Maßnahmen auf Druck eines Großkunden – einer Lebensmittelkette – eingeführt werden sollten (Quelle: Heise, Spiegel Online).

26. April 2008: Zuvor unbekannte Passagen eines im März 2008 von den USA und Deutschland unterzeichneten Abkommens zum Datenaustausch im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität werden bekannt, wonach neben Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Informationen zur Begründung eines Terrorismusverdachts beispielsweise auch Angaben über ethnische Herkunft, politische Anschauungen und der Mitgliedschaft in Gewerkschaften übermittelt werden können (Quelle: Heise, Spiegel Online).

6. Mai 2008: Nach Angaben von Scotland Yard führen Überwachungskameras nicht zu einer deutlichen Senkung der Kriminalität. Der Leiter des Visual Images, Identification and Detection Office spricht von einem „Fiasko“; nur 3% der Verbrechen in London würden mit Videokameras gelöst (Quelle: Heise).

7. Mai 2008: Die Bundesnetzagentur legt die Statistik der TK-Überwachungsmaßnahmen im Jahr 2007 vor. Danach ist die Zahl der überwachten Rufnummern gegenüber 2006 um ca. 8% gestiegen (Quelle: Bundesnetzagentur).

15. Mai 2008: Der europäische Datenschutzbeauftragte Hustinx hat das Vorantreiben des Prümmer Vertrags zur EU-weiten Vernetzung von Polizeidaten durch Bundesinnenminister Schäuble scharf kritisiert. Er nannte das Vorhaben einen „Albtraum nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Strafverfolgungsbehörden selbst“ (Quelle: Heise).

23. Mai 2008: Der Bundesrat segnet das Gesetz zur Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte ab. Damit ergibt sich nun ein Auskunftsanspruch gegen unbeteiligte Dritte wie beispielsweise Internetprovider (Quelle: Heise).

24. Mai 2008: Einem Spiegel-Bericht zufolge soll die Deutsche Telekom Telefon-Verbindungsdaten ihrer Manager ausspioniert haben, um undichte Stellen aufzuspüren. Eine Berliner Beratungsfirma sollte die Daten – Uhrzeit, Gesprächsdauer und Gesprächsteilnehmer – auswerten und vor allem mit den Telefonnummern von Journalisten abgleichen (Quelle: Heise, Spiegel Online).

27. Mai 2008: Nach der Bespitzelungsaffäre bei der Deutschen Telekom hat der Bund deutscher Kriminalbeamter gefordert, die Verbindungsdaten sämtlicher Telefonkunden in einer zentralen

Datenbank zu speichern. Dies wurde zuvor bereits für die Vorratsdatenspeicherung in Großbritannien vorgesehen (Quelle: Heise).

4. Juni 2008: Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf für die Novelle des BKA-Gesetzes. Der Gesetzentwurf war zuvor kritisiert worden, er sieht unter Anderem die Online-Durchsuchung von Computern und die Videoüberwachung von Privatwohnungen vor (Quelle: Heise).

4. Juni 2008: Das Bundeskabinett segnet die Unterzeichnung des Abkommens zur Datenweitergabe mit den USA (siehe oben) ab. Das Abkommen wurde kritisiert, da es neben Personendaten beispielsweise auch die Übermittlung von Informationen zu politischen Anschauungen vorsieht (Quelle: Heise).

4. Juni 2008: Laut einer Forsa-Umfrage beeinflusst die Vorratsdatenspeicherung das Telefonieverhalten und wird von fast jedem zweiten Bundesbürger als unverhältnismäßig abgelehnt. Die Mehrheit der Befragten würde davon absehen, per Telefon Kontakt mit beispielsweise einer Eheberatungsstelle oder einem Psychotherapeuten aufzunehmen. Jede dreizehnte Person hat bereits einmal wegen der Vorratsdatenspeicherung darauf verzichtet, Telefon, Handy oder E-Mail zu benutzen (Quelle: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung).

6. Juni 2008: Das Land Bayern hat im Bundesrat den Antrag gestellt, die Anwendung der Online-Durchsuchung auf schwere Straftaten auszuweiten. Bisher soll die Maßnahme nur im Anti-Terror-Bereich eingesetzt werden (Quelle: Heise).

19. Juni 2008: Der schwedische Reichstag hat einem umfassenden Abhörsgesetz zugestimmt. Es sieht die staatliche Kontrolle des kompletten Mail-, SMS-, Internet-, Telefon- und Faxverkehrs mit dem Ausland vor. Menschenrechtsgruppen bezeichneten das Gesetz als international fast einzigartige Verletzung des Persönlichkeitsschutzes (Quelle: Heise).

23. Juni 2008: Nach einem Bericht des ARD-Fernsehmagazins Report München waren Daten von Bürgern aus ca. 200 Städten und Gemeinden jahrelang frei im Internet zugänglich. Die Zugangscodes zu den Daten seien auf der Homepage des verantwortlichen Softwareunternehmens veröffentlicht worden. In welchem Umfang tatsächlich auf die Daten zugegriffen wurde, sei unklar (Quelle: ARD, Heise).

4. Juli 2008: Der Antrag des Landes Bayern, die Online-Durchsuchung auf schwere Straftaten auszudehnen (siehe oben), scheitert im Bundesrat (Quelle: Heise).

30. Juli 2008: Führende deutsche Zeitungen und Fernsehsender haben gegen den eingeschränkten Internet-Zugang bei den Olympischen Spielen in Peking protestiert. IOC-Chef Rogge, der

zuvor noch freien und unzensierten Zugang für Journalisten versprochen hatte, spricht mittlerweile nur noch vom „größtmöglichen Internetzugang“ (Quelle: Spiegel Online).

1. August 2008: Das Bundesfinanzministerium beginnt mit der Vergabe der neuen Steueridentifikationsnummer. Die Nummer erhält jeder Steuerpflichtige ab seiner Geburt und behält sie lebenslang; sie wird spätestens 20 Jahre nach dem Sterbetag gelöscht. Die Humanistische Union befürchtet, dass dadurch ein Personenkennzeichen eingeführt wird und kritisiert, dass die

Steuer-ID von Behörden für verschiedenste Zwecke genutzt werden dürfe. Sie bietet den Entwurf für eine Musterklage gegen die Zuteilung der Steuer-ID auf ihrer Homepage an (Quelle: Bundesfinanzministerium, Humanistische Union).

2. August 2008: Das Heimatschutzministerium der USA hat bestätigt, dass US-Bundesbeamte bei Zollkontrollen Daten auf Notebooks und anderen elektronischen Geräten durchsuchen und Kopien davon anfertigen dürfen (Quelle: Heise).

*erschienen in der FlfF-Kommunikation,
herausgegeben von FlfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de*